

ORDNUNGSPOLITIK

Institutionenvertrauen: Schlüssel für Stabilität und Erfolg

Dr. Susanne Cassel und Dr. Michael Zibrowius

Das Vertrauen in den Staat und in seine Institutionen wird zurzeit in einem ungewöhnlichen Maße beansprucht. Die gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie beschränken die persönliche Freiheit und das gesellschaftliche Leben in bisher unvorstellbarer Weise. Dabei stehen staatliche Akteure vor einer Abwägungsentscheidung: Wie viel individuelle und wirtschaftliche Freiheit ist möglich, wieviel Gesundheitsschutz nötig?

Nach anfänglich weit verbreiteter Unterstützung für die beschlossenen Einschränkungen kritisieren inzwischen manche die restriktiven staatlichen Regelungen, zumal auch diese gesundheitliche Nachteile mit sich bringen (Gewalt, existenzielle Sorgen). Einige wittern sogar Verschwörungen und teilen ihre Theorien darüber in sozialen Netzwerken und bei Demonstrationen. Dem scheint ein massives Misstrauen insbesondere gegenüber denjenigen Institutionen (Politik, Behörden, Medien) zugrunde zu liegen, die andere Meinungen vertreten als die eigene – unabhängig von ihrer wissenschaftlichen Expertise oder ihrer demokratischen Legitimation. Damit politische Maßnahmen akzeptiert werden und Vertrauen in politische Entscheidungsträger und demokratische Prozesse erhalten bleibt, sollte die Politik ihre Entscheidungen transparent kommunizieren und nachvollziehbar begründen.

Vertrauen sowohl in andere Menschen als auch in die politische und wirtschaftliche Ordnung, die Gerichte, Parlamente, Parteien, Medien – also öffentliche und staatliche Institutionen – ist eine Voraussetzung für Stabilität und Erfolg unserer Gesellschaft und ein friedliches Zusammenleben aller. Dabei ist Vertrauen nicht mit Zustimmung gleichzusetzen. Gerechtfertigtes Vertrauen erleichtert Kooperation und zahlt sich z. B. in niedrigeren Transaktionskosten

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf: www.econwatch.org

zwischen Marktteilnehmern aus. Vertrauen beispielsweise die Bürger dem Staat bzw. der Regierung dahingehend, dass getroffene Regelungen sinnvoll und notwendig sind, werden sie eher bereit sein, diese zu befolgen. Damit fallen geringere Überwachungskosten des Staates an. Können Wirtschaftsakteure auf die Zuverlässigkeit staatlicher Institutionen bauen, führt dies zu höherer Risiko- und damit Investitions- und Innovationsbereitschaft von Unternehmen. Vertrauen ist eine Form von Sozialkapital, das leicht verloren gehen und nur schwer wiederhergestellt werden kann.

Während das Vertrauen in den Staat und seine öffentlichen Institutionen in Deutschland im europäischen Vergleich verhältnismäßig hoch ist, zeigt sich im Einzelnen ein sehr nuanciertes Bild: Einerseits vertraut die Bevölkerung in sehr hohem Maße in die judikativen Institutionen wie das Grundgesetz oder das Bundesverfassungsgericht; auch dem Bundespräsidenten wird mehrheitlich großes Vertrauen entgegengebracht. Den exekutiven bzw. legislativen Institutionen begegnet die Bevölkerung dagegen mit größerer Skepsis, und gerade Parteien scheinen noch erhebliches Potenzial für ein „Mehr“ an Vertrauen zu haben.

Populistische Strömungen profitieren von sinkendem Vertrauen in politische und wirtschaftliche Institutionen. Verschiedene Akteure suchen daher zum Teil gezielt Vertrauen zu unterminieren, um Stimmungen in ihrem Sinne zu beeinflussen oder Wählerstimmen zu gewinnen. Dies kann im positivsten Falle zu angeregten Diskussionen mit einem Gewinn an Informationen und Erkenntnissen für beide Seiten, im negativsten Fall aber zu Abgrenzung und Ausgrenzung Andersdenkender führen und die Demokratie beschädigen.

(Institutionen-)Vertrauen zu erhalten bzw. zu stärken, ist von elementarer Bedeutung für erfolgreiche Gesellschaften. Das gilt umso mehr in Zeiten wie der aktuellen, in denen Volkswirtschaften durch äußere Ereignisse nie dagewesene Aufgaben zu bewältigen haben. Dabei ist nicht blindes Vertrauen oder übertriebene Loyalität gefragt, sondern ein „gesundes Misstrauen“, das staatliches Handeln durchaus kritisch, jedoch unvoreingenommen hinterfragt. Vertrauen bedeutet dabei auch, dass Erwartungen erfüllt werden. Es kommt also darauf an, selbst realistische Erwartungen zu haben, und darauf zu vertrauen(!), dass auch andere ihr Vertrauen nicht deshalb verlieren, weil sie von Beginn an unerfüllbar hohe Erwartungen an die andere Partei hatten.

KERNAUSSAGEN

Politikanalyse:

- Unsicherheit über die richtigen politischen Entscheidungen kann das Vertrauen in staatliche Institutionen beschädigen.
- Verschiedene Akteure zielen bewusst darauf ab, Vertrauen zu untergraben, um so ihre eigenen Ziele zu verfolgen.
- Vertrauensverlust führt zu Wohlstandseinbußen und Ineffizienz in der Bewältigung von Krisen.

Politikempfehlung:

- Beweggründe und Abwägungen, Möglichkeiten und Grenzen politischer Entscheidungen transparent kommunizieren, um Vertrauen zu schaffen.
- Funktionsweise (staatlicher) Institutionen und ihrer Rolle für Wachstum und Wohlstand besser erklären.
- Vertrauen geben, um Vertrauen zu bekommen; bei politischen Entscheidungen Auswirkungen auf das Sozialkapital mitdenken.

Damit Bürger und Unternehmen stabile und realistische Erwartungen bilden können, sollte die Politik transparent erklären, welche Beweggründe und Abwägungen, Möglichkeiten und Grenzen ihrem Handeln zugrunde liegen. Zudem sollte (Wirtschafts-)Politik möglichst konstant und vorhersehbar sein. Vertrauensbildend kann eine politische Selbstbindung wirken, etwa dadurch, dass bestimmte Entscheidungsbefugnisse an vertrauenswürdige, unabhängige Institutionen wie eine Notenbank oder Kartellbehörde delegiert oder Versprechen etwa hinsichtlich der Höhe der Staatsverschuldung in änderungsresistenten Regeln verankert werden. Wenn alle darauf vertrauen können, dass das Erwartbare eingehalten wird, ist das die beste Basis für Wachstum und Wohlstand – denn Vertrauen schafft Vertrauen.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Meetings „Erfolgsfaktor Institutionenvertrauen: mehr Stabilität und Wachstum, weniger Populismus“ mit apl. Prof. Dr. Michael Wohlgemuth (Universität Witten/Herdecke und Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin.

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin